

Stellschrauben für die nachhaltige Zukunft der Schweiz

Handlungsempfehlungen für die Politik

17. Juli 2018

Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde im September 2015 von allen UN-Mitgliedstaaten verabschiedet. Das Kernstück der Agenda bilden 17 Ziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*). Sie tragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung. Die Agenda 2030 gilt für alle Länder – Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Alle Länder sind deshalb verpflichtet, im Rahmen des Überprüfungsmechanismus regelmässig über den nationalen Stand der Umsetzung zu berichten.



Am 20. Juni 2018 hat der Bundesrat den Bericht „Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz“ verabschiedet.¹ Einige Tage später wurde die Bestandsaufnahme als Grundlage für den Länderbericht publiziert.² Der Länderbericht der Schweiz wurde am 17. Juli 2018 am Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) der UNO vorgestellt.

Der Länderbericht der Schweiz bietet die Gelegenheit, einerseits auf das bisher Erreichte zurückzublicken, andererseits die Konturen einer weitsichtigen Nachhaltigkeitspolitik zu zeichnen. Der vom Bundesrat vorgelegte Bericht nimmt diese Gelegenheit nicht wahr. Der Bericht verpasst es, sowohl die Herausforderungen der Schweiz auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft klar zu benennen, als auch die Chancen, welche sich aus der Agenda 2030 für Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft ergeben, aufzuzeigen.

¹ Bundesrat verabschiedet den Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Medienmitteilung 20.6.2018. <https://bit.ly/2yOAxnT>

² Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Bestandsaufnahme der Schweiz als Grundlage für den Länderbericht 2018. <https://bit.ly/2Ja0wpD>

Sinnbildlich dafür ist der Entscheid des Bundesrats, die Agenda 2030 hauptsächlich im Rahmen bestehender Sektoralpolitiken umzusetzen und zum aktuellen Zeitpunkt keine zusätzlichen finanziellen Mittel vorzusehen. Auch bezüglich institutioneller Verankerung wurden (vorerst) keine Anpassungen vorgenommen: Mit dem Abgang des Sonderbeauftragten des Bundesrats für globale nachhaltige Entwicklung steht die Schweiz derzeit ohne übergeordnete Koordinationsstelle da. Der Wille der Landesregierung für eine echte Nachhaltigkeitspolitik ist – im Vergleich zu Ländern wie Deutschland, Schweden oder Finnland – (noch) nicht erkennbar.

Wirtschaft und Gesellschaft werden sich wandeln – auch ohne politische Vorgaben: Digitalisierung, Dekarbonisierung und Urbanisierung bzw. Strukturwandel im ländlichen Raum sind treibende Kräfte. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben die gemeinsame Aufgabe, Entwicklungspfade auszuhandeln, welche diesen Wandel hin zur Nachhaltigkeit verträglich gestalten.

Mit Blick auf wichtige anstehende politische Geschäfte – namentlich die Legislaturplanung 2020-2023 und die ihr angehängte Strategie Nachhaltige Entwicklung (SNE), die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2021-2024 und die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit (IZA) 2021-2024, aber auch die Parlamentswahlen im Herbst 2019 – präsentiert SDSN Switzerland zuhanden der politischen EntscheidungsträgerInnen vier Stellschrauben und entsprechende Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Schweiz.³

1. Agenda 2030 als Referenzrahmen der Schweizer Innen- und Aussenpolitik

Stellschraube drehen in Legislaturplanung und Strategie Nachhaltige Entwicklung 2020-2023

Zudem in: Aussenpolitische Strategie, Botschaft über die internationale Zusammenarbeit, Freihandelsabkommen, stark verflochtene Sektoralpolitiken wie die Revision der AHV, die Weiterentwicklung der Agrarpolitik oder die Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Institutionelle Verankerung: Erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik braucht langen Atem und langfristige Strukturen zur Umsetzung. Die Agenda 2030 soll auf allen Staatsebenen, in allen Politikfeldern, Sektoren und Departementen als handlungsleitender Rahmen gelten. Dazu sind neue Formen der Zusammenarbeit und innovative Dialogformate zur Überwindung von Umsetzungsblockaden notwendig. Die im Länderbericht erwähnten Einrichtungen sind nicht ausreichend (Schwerpunktsetzung in und zwischen Sektoralpolitiken, Forum Nachhaltige Entwicklung, Dialog 2030). Das föderalistische System und die direkte Demokratie der Schweiz sind eine besondere Chance – beispielsweise die breite Abstützung von Entscheiden –, stellen aber auch besondere Anforderungen an eine kohärente Umsetzung der Agenda 2030. Die OECD empfiehlt, die Koordination zur Umsetzung an zentraler Stelle in der Verwaltung anzusiedeln. **Der Bundesrat soll eine über den fachlich-sektoral ausgerichteten Bundesämtern angesiedelte Organisationseinheit schaffen, welche die Handlungsfähigkeit der Akteure auf allen institutionellen Ebenen stärkt, und eine kohärente Umsetzung der Agenda 2030 in und durch die Schweiz sicherstellt. Diese Organisationseinheit ist mit den notwendigen Ressourcen zu versehen, damit sie als zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kantone und Gemeinden agieren kann. Eine solche Organisationseinheit kann sein: Bundeskanzlei (mit entsprechendem Ausbau der Kompetenzen), unabhängiges Büro oder eine direkt vom Bundesrat delegierte Person mit weitreichenden Befugnissen.**

³ Die Handlungsempfehlungen bauen auf den Vorschlägen im SDSN Switzerland Diskussionspapier „Die Schweiz und die Agenda 2030“ vom August 2017 auf. <https://bit.ly/2Mr1YpN>

Synergien und Zielkonflikte bei der Umsetzung: Die Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs gibt die Orientierung für den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit an. Die 17 Ziele und 169 Unterziele sind voneinander abhängig – Fortschritte bei gewissen Zielen (z.B. Unterziel 7.2 „erneuerbare Energien“) können Rückschritte bei anderen SDGs bedeuten (z.B. Unterziel 6.5 „integriertes Wasser-Management“ – Grund: der Ausbau von volatilen Erneuerbaren bedingt zunehmend Regelernergie, z.B. aus Wasserkraft). Als wohlhabendes und international stark vernetztes Land hat die Schweiz die höchsten negativen Ausstrahlungseffekte auf andere Länder (*Spillover*-Effekte, vgl. Abb. 1). Innenpolitische Massnahmen (z.B. Finanzmarkt-, Unternehmens- oder Landwirtschaftspolitik) haben oftmals auch Auswirkungen auf Entwicklungsländer. **Bundesrat und Parlament sollen für eine weitsichtige Nachhaltigkeitspolitik die Wechselwirkungen zwischen den SDGs ins Zentrum stellen (Stichwort: Politikkohärenz).** Damit können Synergien sowie Ziel- und Interessenskonflikte zwischen den sektoral ausgerichteten Politikfeldern offen gelegt, zentrale Transformationsprozesse justiert und beschleunigt sowie prioritäre Massnahmen abgeleitet werden. Zum Beispiel mit einer *ex-ante* Nachhaltigkeitsprüfung können Bundesrat und Parlament innen- und aussenpolitische Geschäfte so verknüpfen, dass möglichst wenige Folgekosten für künftige Generationen anfallen und mehrere SDGs gleichzeitig erreicht werden. Dazu sind auch rechtliche Grundlagen für eine verbesserte Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (PCSD) anzupassen.⁴

Abb. 1 – Durchschnittliche Spillover-Effekte (y-Achse) gemessen an BIP pro Kopf (x-Achse)

Im Score sind u.a. enthalten: importierte Luftverschmutzung, Biodiversitätsverluste und Stickstoffbelastung, aber auch Rankings bzgl. Waffenexporten, Steuerparadies oder Bankgeheimnis.

Quelle: Bertelsmann Stiftung und SDSN “SDG Index & Dashboards Report“ 2018.



2. Transformationswissen für nachhaltige Entwicklung stärken

Stellschraube drehen in Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2021-2024
Zudem in: Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2021-2024

Inter- und Transdisziplinäre Forschung: Forschung und Ausbildung sind unbestritten zentral für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030. Nebst der Erforschung des IST-Zustands (Systemwissen) und der Definition der gewünschten Ergebnisse (Zielwissen) liegt die Rolle der Wissenschaft auch darin, Wirkungszusammenhänge zu erforschen und für die Politik und Gesellschaft verständlich zu machen – zum Beispiel im Rahmen von Reallabors.⁵ Dieses Transformationswissen ist für den erforderlichen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit essentiell. Jedoch fristet die Nachhaltigkeitsforschung in der Schweiz ein Nischendasein. Zum einen genießt die inter- und transdisziplinäre Forschung

⁴ Als Anregung: In Finnland ist das Büro des Premierministers mit der Planung und Koordination vertraut. In Deutschland leitet das Kanzleramt einen Ausschuss aller Ministerien auf Stufe StaatssekretärInnen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Und in Schweden sind alle Ministerien mit der Umsetzung der SDGs vertraut – der Minister für öffentliche Verwaltung koordiniert die Umsetzungsbemühungen. Vgl. auch <https://bit.ly/2L8q77L>

⁵ Reallabore (engl.: *Living Lab*) sind eine neue Form der Kooperation zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, bei der das gegenseitige Lernen in einem experimentellen Umfeld im Vordergrund steht.

innerhalb der traditionell auf disziplinäre und Grundlagenforschung ausgerichteten Forschungsgemeinschaft vergleichsweise wenig Anerkennung. Zum anderen wird sie von Politik und Verwaltung oftmals als realitätsfern und für die Praxis wenig nützlich gewertet. **Bundesrat und Parlament sollen die inter- und transdisziplinäre Forschung und Bildung zugunsten der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung als eigenständigen Bereich der Schweizerischen Forschungsförderung stärken. Die Fördergefässe inklusive der jeweiligen Ressortforschung der einzelnen Bundesämter sollen aufeinander abgestimmt werden, die Aktivitäten koordiniert und zentral mit markant mehr Mitteln ausgestattet werden.**

Wissenschaftlicher Beirat und nationales Politikberatungszentrum: Transformationsprozesse bedingen oft eine konfliktbehaftete Aushandlung von strukturellen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Sinne einer partnerschaftlichen Umsetzung der SDGs zusammenfinden. Für die Wissenschaft ergibt sich die Gelegenheit, als Partnerin Wissen für Verhandlungs-, Lern- und Entscheidungsprozesse bereitzustellen. Die heutigen Dialog- und Beratungsformate – z.B. die Begleitgruppe Agenda 2030 oder der Dialog 2030 – sind jedoch nicht hinreichend, damit die Wissenschaft ihre bedeutende Rolle bei der Umsetzung der SDGs wahrnehmen kann. **Bundesrat und Parlament sollen dem Beispiel von Deutschland folgen und sowohl ein wissenschaftliches Begleitgremium für nachhaltige Entwicklung einsetzen, als auch den Aufbau eines forschungsbasierten Politikberatungszentrums im Bereich nachhaltige Entwicklung prüfen.**

Forschungszusammenarbeit mit dem Globalen Süden: Globale nachhaltige Entwicklung kann nur in Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern erreicht werden. Leider fehlt es in diesen Ländern oftmals an grundlegenden Daten und Informationen, welche für die Aushandlung und Steuerung der jeweiligen Entwicklung eine unverzichtbare Voraussetzung darstellen. Deshalb sollten in diesen Ländern Investitionen zur Steigerung der Forschungsaktivitäten und -qualität getätigt werden. Es ist nachgewiesen, dass Investitionen in den Aufbau von Forschungskapazitäten eine kosteneffiziente und positive Hebelwirkung auf die nachhaltige Entwicklung des Globalen Südens ausüben. Externe Unterstützung ist zwingend nötig. Die Schweiz, welche über langjährige und international anerkannte Erfahrung in transnationalen Forschungspartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens verfügt, ist für diesen Kapazitätsaufbau gut aufgestellt. **Bundesrat und Parlament sollen Forschungs- und Bildungspartnerschaften von wissenschaftlichen Institutionen in der Schweiz und in Entwicklungs- und Schwellenländern mit den notwendigen finanziellen Mitteln fördern.**

3. Verantwortung für globale nachhaltige Entwicklung übernehmen

Stellschraube drehen in Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2021-2024

Kooperationsformen mit Entwicklungsländern: Die Entwicklungspolitik hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Zunehmend werden grenzüberschreitende Fragen bearbeitet, etwa Klimawandel und Migration. Instrumente und Modalitäten wurden mit einem verstärkten Fokus auf Mobilisierung privater Ressourcen ausgeweitet. Das Umfeld ist deutlich dynamischer geworden. Die Agenda 2030 hat neue Ziele festgelegt. Vor diesem Hintergrund sind die entwicklungspolitischen Kooperationsansätze neu auszurichten. Die Zusammenarbeit von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen ist von zentraler Bedeutung für wirksame Problemlösungen (Klimawandel, Migration, Armutsbekämpfung, schwindende Biodiversität, etc.). Die Veränderung hin zu neuen Kooperationsformen kann aber nur gelingen, wenn nichtstaatliche Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft einbezogen sind. **Bundesrat und Parlament sollen die internationale Zusammenarbeit auf die Umsetzung der Agenda 2030 ausrichten. Programmansätze sollen technische, institutionelle und gesellschaftliche Innovationen umfassen, welche die Lebensgrundlagen der ärmsten Bevölkerungsgruppen verbessern sowie nachhaltige Infrastrukturen mit hohem gesellschaftlichen Nutzen aufbauen.**

Investition in globale nachhaltige Entwicklung: Die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung geht über die „klassische Entwicklungspolitik“ hinaus. Der transformative Charakter der Agenda 2030 erfordert ein Umdenken, von der Entwicklungszusammenarbeit hin zur integralen Problembearbeitung entlang der „5 P's“ der Agenda 2030 (*People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership*). Öffentliche Mittel für bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit sollen eine strategische Hebelwirkung für nachhaltigkeitsorientierte Innovationen erzeugen und z.B. mittels Risikogarantien oder Anschubfinanzierungen zusätzliche Mittel mobilisieren. **Bundesrat und Parlament sollen die Mittel für internationale Zusammenarbeit auf 0.7% des Bruttonationaleinkommens anheben, und zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Agenda 2030 bereitstellen.**

4. Die Agenda 2030 in die Bevölkerung tragen

Stellschraube drehen in ☞ Parlamentswahlen Herbst 2019; Legislaturplanung 2020-2023

Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit: Die Agenda 2030 ist auch 3 Jahre nach ihrer Verabschiedung durch die Staatengemeinschaft im Herbst 2015 in grossen Teilen der Schweizer Bevölkerung noch weitgehend unbekannt. Dies erschwert die Umsetzung. Der Länderbericht hält fest, dass die Agenda 2030 (auch) Mittel zur politischen Meinungsbildung sowohl für die Innen- wie auch für die Aussenpolitik ist. Gemäss UNO wurde nach dem Erdgipfel in Rio 1992 das Konzept der Nachhaltigkeit zwar von Experten und interessierten Kreisen aufgenommen, der politische Diskurs in der breiten Öffentlichkeit fand seit jeher jedoch kaum statt. **Der Bundesrat soll die Anstrengungen intensivieren, um die Agenda 2030 in der Bevölkerung bekannter zu machen, und die Chancen, welche eine zukunftsorientierte Nachhaltigkeitspolitik für die Schweiz erbringt, aufzeigen. Konkret könnten folgende Massnahmen ergriffen werden: Nationaler Tag zur Agenda 2030, breit angelegte Kommunikationskampagne, breite BürgerInnen-Befragung, z.B. zu den Prioritäten für die nächste Strategie Nachhaltige Entwicklung 2020-2023. Auch soll der Bundesrat das Parlament regelmässig einbeziehen und über den Stand der Umsetzung berichten.**

Agenda 2030 und die politischen Parteien: Die Schweiz hat die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mitbeschlossen – denn die bis 2030 zu erreichenden SDGs beziehen sich auf Schlüssel Anliegen der Zukunftsfähigkeit der Schweiz und ihrer Rolle in der Welt. Das Erreichen dieser Ziele ist ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. An der Gestaltung des Wandels in Richtung Nachhaltigkeit sollen alle Bürgerinnen und Bürger auf allen Entscheidungsebenen eingebunden sein. **Wir rufen alle politischen Parteien sowie deren Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamentswahlen im Herbst 2019 auf, innovative Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz und durch die Schweiz vorzubringen, und die SDGs mutig ins Zentrum ihrer nationalen und nach aussen gerichteten Politiken zu stellen.**

Agenda 2030 und die Legislatur 2020-2023: In der Legislatur 2020-2023 stehen richtungsweisende nachhaltigkeitspolitische Weichenstellungen an – z.B. in den Bereichen Internationale Zusammenarbeit, Bildung, Forschung und Innovation, Energiestrategie 2050, Agrarpolitik, etc. Auch steht 2022 der nächste Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 an. **Bundesrat und Parlament sollen die Legislaturplanung 2020-2023 an den Zielen der Agenda 2030 ausrichten.**

Die hier vorgestellten Stellschrauben für eine nachhaltige Zukunft der Schweiz bedürfen der weiteren Diskussion und Ausarbeitung. SDSN Switzerland und seine Mitgliederorganisationen sind bereit, daran in den nächsten Monaten weiterzuarbeiten und mitzuwirken – im Rahmen von innovativen Dialogformaten, konkreten Lösungsansätzen und Handlungsempfehlungen bei ausgewählten politischen Geschäften

Sustainable Development Solutions Network Switzerland

SDSN Switzerland mobilisiert Universitäten, Forschungszentren, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen, um gemeinsam transformative Lösungen zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens in der Schweiz und darüber hinaus zu gestalten.

SDSN Switzerland verfolgt 3 Ziele, die aufeinander aufbauen:

- **Multi-Stakeholder Dialoge gestalten:** Der kontinuierliche Austausch von Ideen und Erfahrungen wird angekurbelt, und Denkräume für die Wissenschaft, Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft werden geschaffen um holistische Lösungsansätze zu fördern, das Engagement zu steigern und konkrete Umsetzungsmassnahmen zu ermöglichen.
- **Transformationsorientierte Lösungen fördern:** Wissenschaftliche Erkenntnisse und transdisziplinäres Wissen werden zur Entwicklung von evidenzbasierten Lösungen, integrierten Politiken und systemischen Veränderungen genutzt.
- **Entscheidungsträger beraten:** Den Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird evidenzbasierte Beratung angeboten, um Lücken bei der Ausgestaltung von Politiken zu füllen und normative Veränderungen anzustossen.

SDSN Switzerland wurde im April 2017 gegründet und am 15. Februar 2018 offiziell lanciert. Es zählt 30 Mitglieder (Stand Juli 2018). SDSN Switzerland ist dem internationalen SDSN angeschlossen, das 2012 durch den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon lanciert wurde. Das UN SDSN zählt 800 Mitgliederorganisationen aus 110 Ländern, und 27 nationale und regionale SDSN Ableger.

Sustainable Development Solutions Network Switzerland
Geschäftsstelle c/o Biovision, Heinrichstr. 147, 8005 Zürich
+41 44 512 58 58 | www.sdsn.ch

Co-Leitung



Mit Unterstützung von

**STIFTUNG
MERCATOR
SCHWEIZ**